

GLOSSE

# Sind 30 Jahre echt genug?

**Wie die FDJ in Rostock die Massen mobilisieren will**

von UREI

24. February 2020, 05:00 Uhr

Ja, lebt denn der feste Klassenstandpunkt noch? Ja, er lebt noch: Die FDJ will am 3. und 4. April in Rostock demonstrieren. Motto: „30 Jahre sind genug! Revolution und Sozialismus.“ Die frühere Jugendorganisation der DDR plant eine ganze Kampagne, die 30 Jahre nach der Einheit durch Ostdeutschland führen soll – mit Stationen in Zwickau, Halle, Jena, Eisenhüttenstadt und Berlin.

In allerbesten klassenkämpferischen Manier heißt es dazu auf der Internetseite der Freien Deutschen Jugend (FDJ): „Wo vor 30 Jahren den dritten Weltkrieg in großdeutscher Besoffenheit kaum einer sah, sitzt er heute klar und nüchtern im Vorgarten des besorgten Bürgers und versucht mit seinem deutschen Chauvinismus Arbeiter und die lernende Jugend in seine Reihen zu zwingen.“ Zwar habe „der Einmarsch in die DDR“ nicht Halt gemacht, müssen auch die Funktionäre dann irgendwie geknickt einräumen. Doch noch scheint die Weltrevolution nicht verloren: Der „Griff nach den Fabriken sämtlicher Volksdemokratien und ehemals sozialistischer Staaten“ sei nämlich nur ein „zeitweiliger Sieg“. Großes Finale: „Die FDJ sah das und erklärte mit ihren Kräften dem deutschen Krieg den Krieg.“

Derart linksextremistische Umtriebe treiben denn auch die AfD-Fraktion im Landtag um – gewissermaßen als Frühwarnsystem der Demokratie. Und so fährt Abgeordneter Horst Förster denn auch ganz großes Geschütz auf und will per Parlamentarischer Anfrage von der Landesregierung unter anderem wissen: Hat die Landesregierung Kenntnis von der Kampagne „30 Jahre sind genug! – Revolution und Sozialismus“? Wer hat die im Internet angekündigte Kundgebung in Rostock Anfang April genehmigt? Und überhaupt: „Wie bewertet die Landesregierung diese Kampagne?“ Am allerwichtigsten scheint der AfD aber offenbar diese Frage: „Hat die Landesregierung Kenntnis über Kontakte der FDJ mit in Mecklenburg-Vorpommern vertretenen Parteien? Wenn ja, wie schätzt die Landesregierung diese Kontakte ein?“ Man darf gespannt sein: Vielleicht unterschreibt die Landesregierung ihre Antwort ja mit „Freundschaft!“.